



## **Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 08. April 2011**

### **Gegen die Monopole der Energieversorger – für eine Versorgung in kommunalen Händen**

#### **Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:**

Die Stadt Göttingen setzt alles daran, den unverzüglichen Rückkauf des Stromnetzes zu realisieren. Um eine möglichst starke Interessen- und Verhandlungsgemeinschaft zu bilden, ist eine enge Kooperation mit Nachbarkommunen und anderen Gebietskörperschaften geboten. Die offensichtlich rechtswidrige bisherige Konzession für E-ON Mitte darf nicht durch eine neue Vertragsvereinbarung ersetzt werden, sondern muss durch eine Rekommunalisierung und der damit verbundenen demokratischen Lenkung und Kontrolle durch den Rat abgelöst werden.

#### **Begründung:**

Eine wirkliche Abkehr von der Atomkraft ist mit den vier Energiemonopolisten, zu der auch E-On gehört nicht denkbar. Auch das auf drei Monate befristet Moratorium der Bundesregierung wird nicht dazu führen, dass die Abschaltung aller bundesdeutschen AKWs erfolgen wird. Bestenfalls dürften ein paar der sieben ältesten Mailer abgeschaltet werden. Neben der grundsätzlichen Aussage, dass wir, wie eine große Mehrheit in der Bevölkerung, nicht bereit sind, weiterhin das sog. Restrisiko mit zu tragen, halten wir auch die Notwendigkeit demokratischer Entscheidungen und Kontrolle durch gewählte kommunale Vertreter/innen für den Bereich der elementaren Daseinsfürsorge – und dazu gehört die Energieversorgung – nach wie vor für geboten.

Die neoliberale Verheißung „Private können es besser“ ist spätestens durch die Katastrophe in Fukushima blamiert.

Immer mehr Kommunen ergreifen die Initiative, verlorengegangenen Einfluss auf die Energieversorgung zurückzugewinnen. In unmittelbarer Nachbarschaft z.B. die Stadt Wolfhagen in Nordhessen. Wir müssen ja nicht gleich den Status von Schönau erreichen, aber nacheifern sollten wir ihnen schon.

Wir verkennen nicht, dass die (u.a. durch Bund und Land verursachte) Finanznot unserer Stadt einen Rückkauf nicht gerade erleichtert. Aber menschliche Grundbedürfnisse und die Gebührengestaltung für die Bevölkerung dürfen nicht als Quelle zur Renditemaximierung dienen. Der Ausstieg aus der Atomenergie jetzt ist ein Gebot der Stunde.

Wir könnten mit diesem Beschluss unseren Beitrag dazu leisten.